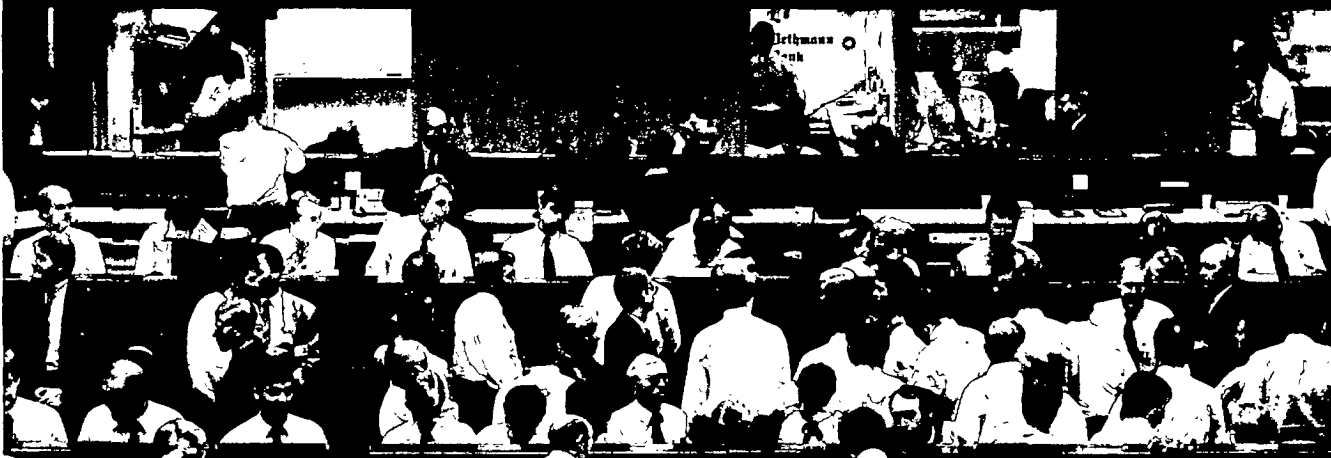




	DATE	TIME
DRM	1381 99	1370 59
RLV	2125 00	2055 50
ERM	3003 00	3000 49
CEB	3029 00	3005 50
CEK	4004 50	4000 49
OFB	3557 00	3500 50
CON	2205 50	2200 49
RET	4505 00	4500 49
MMW	1450 00	1400 49
THY	1450 00	1350 50
PHR	5700 00	5700 49
FFH	1200 00	0900 49
CEH	1200 00	1200 49
WIR	7000 00	7000 49



„Der Markt bricht zusammen“

ternationale Finanzsystem ist angespannt wie lange nicht mehr, nachdem sich der Ölpreis verdoppelt hat und die Aktienkurse in den freien Fall übergingen.

Von den „goldenen Neunzigern“ hatten vor wenigen Monaten noch viele Wirtschaftspropheten vorab geschwärmt: Ende des Kalten Krieges, deutsche Einheit, eroberungsbereite Märkte im Osten, ein intaktes Weltfinanzsystem. Eine wunderschöne Wirtschaftswelt tat sich da auf. Konjunkturtiefen und Weltwirtschaftskrisen schie-

Mehr noch als rückläufige Wachstumsraten in wichtigen Industriestaaten, mehr auch als der Kurssturz an den Börsen irritiert viele Wirtschaftsexperten, was sich auf den globalen Finanzmärkten tut: Es mangelt weltweit bedenklich an Kapital.

Dieses Unheil-Szenario bestand schon, bevor Saddam Hussein über Kuwait herfiel. Die Golf-Krise sorgt dafür, so der Münchner Unternehmensberater Roland Berger, daß die „Anzeichen für Wachstumsabschwächung dramatisch verstärkt werden“: Das Öl, der nach

wie vor wichtigste Treibstoff der Industriemaschine, ist drastisch teurer geworden. Nach Expertenschätzungen bedeutet dies ein Wachstumsminus von 1 bis 1,5 Prozentpunkten; die höhere Ölrechnung verschlimmert zusätzlich die labile Lage auf den Finanzmärkten.

Warnsignale allerorten, doch die meisten deutschen Geldmanager tun so, als sei die Welt noch heil. Vergangene Woche beim Jahrestreffen des Weltwährungsfonds in Washington wollte Commerzbank-Chef Walter Seipp „eine Wette wagen“, daß Rohöl bis zum Jahresende wieder für einen Barrel-Preis von 25 Dollar „oder sogar einen Schnaps darunter“ zu haben sei. Dresdner-Bank-Chef Wolfgang Röllner empfand die Lage als „nicht so labil, daß es schlimm“ werden könnte.

Unternehmensberater Berger findet es „erstaunlich, wie wenig die Golf-Krise bei uns beachtet wird“. Und er beobachtet eine für die deutsche Wirtschaftselite ungewöhnliche Gemütsverfassung: „Bei uns ist die Stimmung besser als die Lage.“

Beruhigend scheint auf die amtlichen und halbamtlichen Meinungsmacher vor allem der Umstand zu wirken, daß die Einschlüsse bislang noch fernab vom deutschen Gelände erfolgen. In den USA und in Japan liegen die Zentren des Bebens, in beiden großen Volkswirtschaften ist das Finanzsystem einem ernststen Belastungstest ausgesetzt.

Ganz schlimm hat es Amerikas Bankengewerbe erwischt. Die landesweite Pleite der Sparkassen mit Verlusten von mindestens 500 Milliarden Dollar ist ohne Beispiel in der Wirtschaftsgeschichte. Der Schaden weitet sich inzwischen auf die größeren und auf die ganz großen Institute aus.

Die Chase Manhattan, zweitgrößte US-Bank, muß einige hundert Millionen Dollar als Risikovorsorge, vor allem bei Immobilienfinanzierungen, abbuchen und einen Quartalsverlust von 625 Millionen Dollar ausweisen. Das Management kürzte die Dividende um die Hälfte und entläßt 5000 Mitarbeiter.

Das gesamte Bankenwesen der nach wie vor größten Industrienation ist morsch. Mitte September gab die staatliche Einlagenversicherung schockierende Daten an die Öffentlichkeit: Insgesamt 35 mittelgroße Geldhäuser seien vom Zusammenbruch bedroht.

Amerika hat in den rosigen Reagan-Jahren weit über seine Verhältnisse gelebt. Die Banken, in falsch verstandenen Liberalismus ohne wirkungsvolle Staatsaufsicht, haben das Pump-Geld für das Lotterleben unters Volk gebracht. Jetzt, da die Wirtschaft nicht mehr wie gewohnt wächst, werden viele dieser Kredite faul.

Das ist um so fataler, als der Geldnachschub aus Japan nicht mehr rei-

bungslos klappt. Lange Zeit halfen die Japaner, mit ihren dicken Überschüssen die amerikanischen Defizite auszugleichen. Doch nun sind auch in Fernost Rechnungen für die rauschenden Finanzfeste früherer Jahre zu begleichen.

Wie von Sinnen spekulierten die Japaner in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre an den Aktienbörsen. Die Kurse vervielfachten sich in der Zeit von 1986 bis 1989 dank der wilden Spekulation.



Bankler Seipp
Das Faß Öl für 25 Dollar?



Unternehmensberater Berger
„Stimmung besser als die Lage“

Zum Jahreswechsel schlug die Stimmung um. Immer stärker setzte sich in Japan die richtige Erkenntnis durch, die Kurse seien, gemessen an der Ertragskraft der einzelnen Aktiengesellschaften, heillos überhöht.

Die Börse brach ein. Innerhalb weniger Monate wurden Aktienvermögen in Höhe von 1,4 Billionen Dollar vernichtet. Für die japanischen Bankkonzerne hat das schlimme Folgen. Einst konnten

sie ihr Kreditgeschäft ausweiten, weil es ihnen erlaubt war, sich einen Teil der Kursgewinne, die in den Büchern standen, als Polster anrechnen zu lassen.

Einer Geldmaschine gleich wurden immer mehr Kredite gegeben, Ende 1989 schließlich hatte das Ausland bei den Japanern 1,8 Billionen Dollar Schulden. Nach den enormen Kursverlusten löste sich das Polster auf, das Kreditgeschäft muß jetzt drastisch zurückgedreht werden.

Ähnlich wie an der Börse trieben die Japaner auf dem Immobilienmarkt die Preise in die Höhe, bis der Markt plötzlich kippte. „Jetzt“, so Deutsche-Bank-Chef Hilmar Kopper, „sind die beiden japanischen Blasen geplatzt.“

Banken- und Immobilienkrise in Amerika und Japan, ein gewaltiger Geldbedarf in Osteuropa, dazu eine nach wie vor total überschuldete Dritte Welt: Kapital, das in der zweiten Hälfte der Achtziger ausreichend vorhanden und billig war, wird nun zu Höchstpreisen gehandelt. Die realen Zinsen, also die gezahlten Zinssätze abzüglich der Preissteigerungsraten, sind auf eine beängstigende Höhe geklettert.

Die Deutschen tun das ihre, um sie noch höher zu treiben. Bonn finanziert die Einheit auf Pump, zunächst jedenfalls; Steuererhöhungen sind bislang nicht eingeplant. Einen zweistelligen Milliardenbetrag muß Finanzminister Theo Waigel sich allein in diesem Jahr zusammenleihen.

Besonnene Banker sehen es mit Grausen. Sparkassenpräsident Helmut Geiger warnt, der Kapitalmarkt verkrafte „nicht mehr viel zusätzlich, wir kommen in den nächsten Wochen zum kritischen Punkt“. Heiko Thieme, Anlagestrategie der Deutschen Bank in New York, meint: Wenn die Kapitalmarktzinsen, die gegenwärtig bei gut neun Prozent liegen, die Marke von zehn Prozent überschritten, „bricht der Finanzmarkt zusammen“.

Horror Meldungen also aus allen Erdteilen – doch einen krisenerprobten Geldmanager wie den deutschen Bundesbank-Chef Karl Otto Pöhl lassen die unschönen Nachrichten ziemlich kalt. Börsen-Crash, Schulden- und Ölkrisen vergangener Jahre haben den Profi gelehrt, daß die globale Geldordnung „mit den Problemen fertig wird, weil sie flexibel ist“.

Das mag, das wird wohl so sein. Das Finanzsystem hat in den Achtzigern tatsächlich demonstriert, wie elastisch es selbst auf härtesten Druck reagieren kann.

Doch richtig ist auch, daß die Unsicherheit lange nicht mehr so groß war, wie sie gegenwärtig ist; daß die hektischen Ausschläge von Zinssätzen, Aktien- und Devisenkursen die Weltwirtschaft in einen höchst wackligen Zu-

Psychokrieg ums Öl

WALTER KNIPS

Der beste Lieferant schlechter Nachrichten, den die Börsianer seit langem hatten, ist Iraks Saddam Hussein. Seit seinem Überfall auf Kuwait hat sich der Diktator fast täglich neue Drohungen gegen seine Golf-Nachbarn und deren Verbündete einfallen lassen. Und es scheint, als sei das Arsenal von Psychotricks noch längst nicht erschöpft, mit denen er die Angst vor Krieg und Ölknappheit schüren kann.

Würde der Iraker mit seinem Sabelrasseln nur die schon stark gefallen Kurse an den Aktienmärkten weiter herunterdrücken, wäre das für alle Aktionäre natürlich ärgerlich, für die Weltwirtschaft aber wohl kaum gefährlich. Die Entwicklung nach dem Börsenschock vom Oktober 1987 hat gezeigt, daß die Weltkonjunktur nicht zwangsläufig kippt, wenn es an den Aktienmärkten kracht.

Doch die bösen Nachrichten wirken sich ja nicht nur auf die Aktienkurse aus. Schwere ökonomische Schäden wird Saddam Hussein anrichten, wenn es nicht bald gelingt, die von ihm angefachte Hysterie an den Ölmärkten einzudämmen.

Hieß es zu Beginn des Konflikts noch, erst im Fall eines Krieges könnte der Ölpreis auf über 40 Dollar je Barrel schnellen, so schaffte Saddam diese Marke Anfang vergangener Woche bereits, ohne daß ein Schuß an der Golf-Front gefallen war. Die Drohung allein, er werde einen Angriff auf sein Land mit der Zerstörung saudischer Ölförderanlagen kontern, reichte, um den Preis so hoch zu treiben.

In einem derartigen Nervenkrieg ist es sinnlos, wenn westliche Politiker und Energie-Experten immer wieder versichern, die Versorgungslage sei keineswegs beunruhigend, starke Preissteigerungen seien nicht gerechtfertigt. Mit der gleichen Litanei war schon 1979 versucht worden, eine Ölkrise zu verhindern – vergebens.

In Erwartung eines langen Ausfalls von Iran-Öl nach dem Sturz des Schahs hatten die Ölfirmen damals panikartig ihre Vorräte aufgestockt. Später zeigte sich, daß die Furcht unbegründet gewesen war, daß die Ölsteuerung von 1979 ohne Angstkäufe ausgeblieben wäre.

In der gegenwärtigen Krise haben die Ölgesellschaften zwar noch nicht durch Hamsterkäufe den Preisauftrieb zusätzlich verschärft. Aber die Rohöl-, Benzin- und Heizölmärkte sind inzwischen ähnlich organisiert wie die Börsen für Aktien, Gold, Kakao oder Schweinehälften. Und Börsianer geraten nicht erst in Fahrt, wenn eine Ware tatsächlich knapp wird – sie rotieren schon, wenn jemand meint, sie könnte teurer werden.

Um zu vermeiden, daß das an den Ölbörsen grassierende Spekulationsfieber die gesamte Weltwirtschaft entscheidend schwächt, sollten die Regierungen der großen Industrieländer sich nun nicht mehr auf beschwichtigende Reden an die Adresse der Händler und Verbraucher beschränken. Sie sollten handeln.

Reichlich Munition für den Kampf gegen spekulativ erhöhte Ölpreise ist da: Um sich gegen kurzfristige Versorgungsstörungen zu wappnen, haben die USA, Japan und West-

europa riesige strategische Ölreserven aufgebaut. Allein die staatlichen Vorräte der USA reichen aus, um den Weltölmarkt etwa zweieinhalb Jahre lang mit jenen 0,6 Millionen Barrel täglich zu versorgen, die nach dem Ausfall des Irak- und Kuwait-Öls nicht durch Mehrproduktion in anderen Opec-Ländern ausgeglichen werden.

Diese Reserven sollten nicht erst eingesetzt werden, wenn Saddam Hussein tatsächlich Raketen gegen saudische Ölfelder losschickt. Da reichen die fünf Millionen Barrel nicht, die Präsident Bush vergangene Woche aus den US-Reserven freigab.

Der Einwand, daß die Notvorräte zu früh verfeuert werden, zieht nicht. Die ökonomischen Schäden einer monate- oder gar jahrelangen Ölknappheit, wie sie ein Schießkrieg am Golf mit sich bringt, sind nicht erst dann zu spüren, wenn es dort richtig kracht. Sie treten schon ein, wenn die Ölhändler bei ihren Kontrakten klar davon ausgehen, daß es zu dieser Auseinandersetzung kommt. Und Psychokrieger Saddam Hussein hat die Petromärkte auf einen heißen Krieg eingestimmt.

**Die Schäden
sind schon
zu spüren,
bevor es kracht**

stand versetzt haben und daß die Golf-Krise den Geldmanagern das Geschäft gänzlich unberechenbar gemacht hat.

Es bestehe, sagt Sir John Quinton, Chef der Londoner Barclays Bank, weltweit „ein Problem des Kapitalmanagements“. Doch das werde sich „in zwei Jahren bessern“.

Zwei Jahre können eine ziemlich lange Zeit sein.

Unternehmen

Sich selbst umdribbelt

Es geht rund beim Kampf um den Reifenkonzern Conti: Die Frontenverläufe zwischen Deutschland und Italien sind verwirrend.

Salotto buono“ heißt zu deutsch „gute Stube“. In Italien ist mit dem Begriff das Feinste vom Feinen gemeint – der Kommerz-Adel von den Agnellis über die Gardinis bis zum vielköpfigen Pirelli-Clan darf sich zum Salotto buono zählen.

Deutschlands Manager-Spitzen ist der Terminus seit einigen Wochen wohlvertraut. Gute Adressen wie der Versicherungskonzern Allianz und Frankfurter Großbanken machen mit den Italienern gemeinsame Sache, um die beiden Reifenfirmen Continental und Pirelli zusammenzubringen.

Erst nur hinter, nun auch vor den Kulissen rollt ein munterer Machtkampf ab. Die Conti-Spitze, allen voran Vorstandschef Horst Urban, 54, wehrt sich verzweifelt dagegen, von den Italienern eingemeindet zu werden. „So nicht, Herr Pirelli“, ließ Urban den italienischen Reifenkönig Leopoldo Pirelli wissen, nachdem der sein Fusionsangebot in Hannover abgegeben und versichert hatte, er habe mehr als die Hälfte des Aktienkapitals auf seiner Seite.

Kaum eine Übernahme hat bisher in der deutschen Industrieszene für soviel Wirbel gesorgt wie das Reifen-Ding. Alte Freundschaften gingen kaputt, Seilschaften brachen auseinander. Quer durch Politik und Wirtschaft laufen die Fronten.

Niedersachsens SPD-Ministerpräsident Gerhard Schröder stellte sich unbedingt auf die Seite der Aufkäufer und bezog von seinen Freunden heftig Prügel. Die Conti-Betriebsräte warfen ihrem Regierungschef vor, ohne Rücksprache und vorschnell das Pirelli-Projekt gelobt zu haben.

Die ärgsten Probleme bekam neben den unmittelbar betroffenen Conti-Managern das größte Geldhaus der Repu-